

Antrag 140/I/2022**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Pressefreiheit auf Demonstrationen schützen!**

1 Um zukünftig eine sicherere Presse- und Dokumentati-
2 onsarbeit vor allem auf rechten, verschwörungsideologi-
3 schen, anti-israelischen und antisemitischen Demonstra-
4 tionen zu ermöglichen, fordern wir, dass sich die sozial-
5 demokratischen Mitglieder der Landesregierung und des
6 Berliner Abgeordnetenhauses dafür einsetzen, dass

- 7
- 8 • umfassende und regelmäßige Schulungen der Poli-
9 zerei im Umgang mit Presse auf Demonstrationen
10 durchgeführt werden. Bisherige Schulungen wer-
11 den nur mit Führungskräften durchgeführt, welche
12 auf Demonstrationen oft schlecht erreichbar sind.
13 Aufgrund der dynamischen Entwicklungen auf De-
14 monstrationen ist dafür jedoch häufig keine Zeit.
15 Deshalb sollte jede*r Beamt*in im Einsatz souverän
16 mit der Presse umgehen können.
 - 17 • ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Pres-
18 se, Polizei und Politik etabliert wird. In diesem For-
19 mat soll das Geschehen auf Demonstrationen re-
20 flektiert und die Arbeit der Polizei kritisch hinter-
21 fragt werden. Grundlage für diesen Austausch sol-
22 len die „Verhaltensgrundsätze Presse und Polizei“
23 vom Deutschen Presserat sein, die aktuell zum ers-
24 ten Mal seit etwa dreißig Jahren novelliert werden.
25 Eine regelmäßige Evaluation dieser Grundsätze ist
26 notwendig und soll im geforderten Austauschfor-
27 mat angestoßen werden.

28

29 Das im letzten Jahr neugefasste Versammlungsfreiheits-
30 gesetz Berlin (VersFG BE) muss evaluiert und überarbeitet
31 werden, dies ist auch im Koalitionsvertrag vereinbart und
32 muss schnellstmöglich angegangen werden.

33

Begründung

35 Die Wahrung der Pressefreiheit und die Sicherheit von
36 Journalist*innen, insbesondere auf Demonstrationen, ist
37 eines der wichtigsten Güter unserer demokratischen Ge-
38 sellschaft. Durch freie Pressearbeit wird nicht nur die brei-
39 te Öffentlichkeit über Protestbewegungen informiert, es
40 wird zudem wichtige antifaschistische Dokumentations-
41 arbeit geleistet.

42

43 In Folge der Protestbewegung gegen die Corona-
44 Maßnahmen der Bundesregierung sind verschwö-
45 rungsideologische Demonstrationen oder sogenannte
46 „Spaziergänge“ mittlerweile an der Tagesordnung. Die
47 bewährte Pegida-Praxis, jeden Montag Menschen auf die
48 Straße zu bringen, trägt auch hier Früchte. Auf diesen

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 Protesten findet sich eine Ansammlung rechtsradikaler
50 und rechtsextremer Personen, die ihre menschenfeind-
51 lichen Ansichten lautstark kundtun. Die gefährliche
52 Mischung aus Verschwörungsideolog*innen und Neo-
53 nazis vertritt weiterhin eine pressefeindliche Agenda,
54 die die Pressefreiheit infrage stellt und den Mythos
55 der systemgesteuerten Medienlandschaft weiterver-
56 breitet. Mit Fortschreiten der Pandemie wurde der Ton
57 auf diesen Demonstrationen lauter und die Stimmung
58 aggressiver. Journalist*innen, die diese Proteste schon
59 seit Beginn begleiten und dokumentieren, werden immer
60 häufiger verbal und körperlich angegriffen. Der Hass der
61 Demonstrierenden richtet sich dabei vor allem gegen
62 Journalist*innen, die kritisch über die Protestbewegung
63 berichten. Körperliche Angriffe auf Medienschaffende
64 werden innerhalb der Protestbewegung toleriert und
65 durch eine Täter-Opfer-Umkehr zur Selbstverteidigung
66 gegen eine im eigenen Weltbild systemgesteuerte
67 Presse legitimiert. Aufgrund der agilen Vernetzung der
68 Demonstrierenden ist die Polizei häufig nicht oder nur
69 spärlich präsent und kann die Pressevertreter*innen
70 kaum schützen.

71

72 Zusätzlich häufen sich die Berichte, in denen die Polizei
73 journalistische Arbeit auf Demonstrationen aktiv behin-
74 dert. So wird manchen Vertreter*innen der Zugang zu ein-
75 gerichteten Medienschutzbereichen nicht gewährt oder
76 Dokumentationsarbeit erschwert. Die Behinderung jour-
77 nalistischer Dokumentationsarbeit durch die Polizei ist
78 nicht hinzunehmen! Gleichzeitig muss sichergestellt sein,
79 dass Pressevertreter*innen kritisch von Demonstrationen
80 berichten können, ohne bedroht oder angegriffen zu wer-
81 den. In einer demokratischen Gesellschaft ist die Freiheit
82 der Presse ein zentraler Bestandteil und darf auf keinen
83 Fall eingeschränkt werden.